



Um Kinder



Seite 3

Aus Weißensee



Seite 6

Künstlerhof



Seite 9

Aus der BVV

Verpatzt



Alles sollte besser werden. Um den Belangen von Seniorinnen und Senioren den notwendigen angemessenen Platz in der Bezirkspolitik zu verschaffen, sollte die sogenannte „Senioren-BVV“ nicht mehr wie bisher vorab der regulären Tagung stattfinden, sondern in den normalen Tagungsablauf integriert werden. So wünschten es die Bezirksverordneten, um die Älteren nicht mehr quasi am Katzentisch abzufertigen. So wünschte es die Seniorenvertretung des Bezirkes, um sich mit ihren Anliegen ernstgenommen zu fühlen. So sollte es in der 6. Tagung der neuen BVV endlich sein.

Über die Seniorenvertretung wurden Mündliche und Große Anfragen sowie Anträge an die BVV gestellt und mittels Übernahme durch den Vorsteher formal korrekt ein-

gebracht und jeweils an den Anfang der Tagesordnung gesetzt.

Der Versuch ist fehlgeschlagen. In letzter Minute brachte die CDU-Fraktion, die wohl so etwas geahnt haben muß, einen Antrag, die „seniorenpolitischen“ Themen außerhalb der Tagesordnung vorweg zu behandeln. Dem mochten die anderen jedoch nicht folgen, auch um Beratungen und langwierige Absprachen aller Beteiligten im Ältestenrat und den daraus resultierenden Arbeitsaufwand nicht zur Makulatur werden zu lassen. Also sollte diese Senioren-BVV nach den geltenden Regeln der ordentlichen BVV ablaufen. Dieser Konsens war spätestens beendet, als nach einer halben Stunde die Mündlichen Anfragen der Verordneten aufgerufen wurden (Zeitbegrenzungen gehören zu den Regeln). Auch die Zeit, die

die BVV brauchte, um sich endlich Anträgen zuzuwenden, war vielen Besuchern zu lang, sie probten Tumult. Die daraus sprechende Ignoranz war bestürzend; zeitweise glich der Zuschauerraum viel eher einer Gruppe ungezogener Kinder.

Alle Beteiligten müssen sich zwei wichtige Fragen gefallen lassen: Wie will die BVV in Zukunft mit den berechtigten Anliegen älterer Menschen umgehen? Und zweitens: Vertritt die Seniorenvertretung des Bezirkes diese Anliegen und die Wünsche der Älteren wirklich?

Das Ende des Abends war ähnlich unerfreulich: Mit trickreichen Auszeiten versuchte die CDU, die Behandlung der neuen Geschäftsordnung der BVV zu torpedieren. Sachthemen blieben einmal mehr auf der Strecke, der „ordentlichen“ BVV. *Wolfram Kempe*

Zu Besuch im Siechenheim – Folge 4

Schon vor Beginn der Sitzung ist der Saal proppevoll. Aber was ist das? Ein Heer von Weißhaarigen bevölkert die Publikumsbestuhlung; es wogt und murmelt. Alle sind festlich herausgeputzt. 70 Prozent Volk und 30 Prozent Bezirksverordnete. Das gefällt mir. Vielleicht sind's ja irgendwann 100 Prozent Volk und 0 Prozent Bezirksverordnete. Bündnis 90/Die Grünen verteilen dubiose Flugblätter, mit denen Senioren zum Radfahren genötigt werden sollen. Dann klärt sich alles auf: es handelt sich um „die 6. Ordentliche Sitzung der BVV, die schwerpunktmäßig zu seniorenpolitischen Themen tagen wird“. Tagesparole: Traue Keinem unter sechzig. Aber erstmal geht's wie gehabt los. Die Beseitigung der Hundescheiße sei nicht Sache des Bezirksamtes (obwohl meiner Meinung nach ein bißchen Arbeit an der frischen Luft den blassen Mitarbeitern des Bezirksorgans ganz gut täte). Die üblichen Abstimmungen darüber, über was abgestimmt wer-

den soll, werden getätigt. Es geht um Schaltzeiten von Lichtsignalanlagen und um die von der CDU geforderte Schließung des Flohmarktes am S-Bahnhof Wilhelmsruh, auf dem angeblich russische Atom-U-Boote und Interkontinentalraketen illegal verkauft würden.

Zwischendurch steht neben mir eine Frau und begehrt von der Saaldienerin, einen Dieter Stenger zu sprechen, der ihr Mann sei. Der Chef der CDU-Fraktion eilt sogleich herbei und erklärt: „Ich bin Dieter Stenger und ich bin seit 42 Jahren verheiratet, aber Sie sind nicht meine Frau.“ Und eilt wieder zurück an seinen Platz. Rätselhaft. Dann fangen die Senioren mit Maulen und Pöbeln an. Es wird mit den Füßen gescharrt und gemurrt. Fünf Minuten riecht es nach St. Petersburg Anno 1917. Die Aurora macht an der Panke fest. Also geht's mit Senienthemen weiter. Die zuständige Frau Hampel beginnt einen Antrag mit: Die BVG ... äh ... die BVV möge beschließen...“ Ergo

werden in Zukunft alle zum 75. Geburtstag eine Gratulation und einen Ratgeber des Bezirksamtes mit aktuellen Informationen und Angeboten für Senioren erhalten. Bisherige Praxis: erst ab 80 Jahren. Folglich werden die 60- und 65jährigen weiterhin noch 10 bis 15 Jahre in den Kneipen rumhängen müssen, bis das Bezirksamt sie erwischt. In der Begründung des Antrags wird behauptet, daß 20 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre und älter sind. Interessant. Ich weiß nicht, wie das in Pankoff und Weißensee ist, aber im Prenzlauer Berg dachte ich immer, daß 90 Prozent der (Neu-)Bevölkerung aus späten Müttern Mitte vierzig mit schwäbischem Akzent bestehe.

Zum ersten Mal ist in der Kantine zur Schließzeit das Bier noch nicht alle. Dafür hätten sie diesmal mit dem Verkauf von Stützstrümpfen und Angora-Unterwäsche ein Vermögen machen können. Kratzfüßigst,

Norbert Knofo Kröcher

Christine Keil im Gespräch mit „extraDrei“

Unterwegs mit Herz

„Altgenossin“ überschrieb eine Zeitung ihr Foto bei der Vorstellung des neuen Bezirksamtes. Womit wohl kaum das Lebensalter, eher schon die Zeit „im Amt“ gemeint sein kann. Von Freunden gedrängt, „als Not am Mann war“, wurde aus der Diplomingenieurin für Maschinenbau Anfang 1996 eine Bezirksstadträtin und stellvertretende Bürgermeisterin in Weißensee dazu. Was sie anpackt, will sie gut machen. Und wer gut ist, der/dem packt man immer noch was drauf. Ihre Partei brauchte sie auch nach der Fusion. Im neuen Bezirksamt „verwaltet“ Christine Keil die Zukunftsbereiche Jugend, Schule und Sport. Engagiert, kompetent, auf die Leute zugehend und mit Herz. Und das bei (fast) leeren Kassen! Wie geht das?

Bürgernähe kostet nichts,

sagt die Stadträtin. Ein- bis zweimal monatlich lädt sie zur Sprechstunde ein. Und die Bürgerinnen und Bürger kommen mit ihren Vorschlägen, Wünschen, Fragen, Sorgen. Da geht es um die Anmeldung der Tochter für die 1. Klasse, um die Beleuchtung der Sportstätte, um die Schülerzeitung, um einen Platz für Krippenkinder, um Tagesmütter und Ferienreisen und immer wieder um den baulichen Zustand der Schulen und Kitas. Christine Keil kann zuhören, beraten, eingreifen, Hilfe organisieren – aber nicht zaubern. Ich glaube, man nimmt es ihr ab, wenn sie sagen muß, es geht nicht. Das ist in letzter Zeit leider immer öfter.

Probleme in Dimensionen

Der Bezirk Pankow ist auf ihrem Gebiet relativ gut versorgt. Örtliche Engpässe – das Wort steht auch im gesamtdeutschen Duden – existieren nur im Kleinkindbereich. Die Stadträtin nennt Zahlen: Im Bezirk gibt es 83 Schulen mit 32.430 Schülern, 177 Kitas mit 13.251 Kindern, 73 Jugendfreizeitstätten (Stand vom 5.4.2002). Das sind in guter Mischung kommunale Einrichtungen und solche in freier Trägerschaft.

Christine Keil beurteilt die Angebote nicht danach, woher sie kommen, sondern nach deren Qualität für die Kinder und Jugendlichen – und ob sie dem Personal eine sichere Perspektive bieten.

Ein „Kindertagesstättenentwicklungsplan“ ermittelt erstmals den Bedarf für den neuen Bezirk. Die Entwicklungsplanung für die Schulen ist schon einige Schritte weiter. Das setzt eine genaue Analyse des IST voraus. Für die Grundsanierung der Schulen und Sportstätten sind nach bezirklichen Berechnungen 160 Mio. Euro erforderlich. 45 Mio. Euro brauchen die am meisten beschädigten Kitas. „Das kann der Bezirk nicht leisten“, stellt die Stadträtin fest. „Die Bugwelle wird immer höher, und die Mittel werden immer weniger.“

Die Jugendämter der Bezirke drängen den Senat deshalb, ein Sonderprogramm für Kitas, ähnlich dem für Schulen und Sportstätten, aufzulegen. Die Koalitionsvereinbarung enthält einen solchen Prüfauftrag. Christine Keil hofft, daß der rot/rote Senat handelt. Sie kennt die von der Großen Koalition hinterlassene Haushaltsnotlage im Land, aber sie kann die Nöte im Bezirk nicht ignorieren. Was soll sie den Leuten antworten, wenn die daran erinnern, daß „Ihre Landesregierung“ doch einiges anders machen wollte, als die Vorgänger. Sie haben ja Recht...

Eine gesamtberliner Landesarbeitsgemeinschaft, bestehend aus Fachleuten, will dem Senat nun Vorschläge machen.

Pisa und Pankow

Nach Pisa und Erfurt ist die Situation an den Schulen in aller Munde. Mehr denn je ist besonnenes Handeln gefragt. Christine Keil nimmt ihre Verantwortung wahr. Schon im Sommer 2001, also „vor Pisa“ hat sie die Zuständigen im Bezirk an einen Tisch geholt. In der AG „Jugendhilfe und Schule“ geht es um „Schuldistanz“ (Schulschwänzer), um Jugendberufshilfe und Schul-



stationen, um weniger Gewalt. Schulen aus Schülermangel werden auch in Pankow geschlossen. Es sind wenige. Der Vergleich mit den anderen Bezirken läßt aufhorchen. Die Stadträtin hat über ein Jahr lang gemeinsam mit den Betroffenen vernünftige Lösungen gefunden.

Als wir auf den Sport zu sprechen kommen, lebt sie auf: „Die Sportler meckern am wenigsten mit mir.“ 100 Vereine mit 22.000 Sportlern im Bezirk sind eine Macht. Sie würdigt die ehrenamtlichen Helfer und Übungsleiter. Ohne die geht – wie überall – nichts.

Als Christine Keil ihr Amt antrat, nahm sie sich vor, bis 2004 alle Einrichtungen im Bezirk einmal zu besuchen. Sie ist unterwegs. Mit Herz.

Gespräch: Klaus Gloede

Im Bezirk gibt es...

- 73 Jugendfreizeitstätten, davon 32 in kommunaler und 41 in freier Trägerschaft;
- 83 Schulen, davon 43 Grund-, 7 Gesamt-, 4 Haupt-, 7 Real-, 10 sonstige Schulen und 12 Gymnasien;
- 177 Kitas, davon 121 in kommunaler und 56 in freier Trägerschaft

PDS Berlin Drei geht ins dritte Jahr

Aus weniger noch mehr machen



25. Mai 2002, 10 Uhr, BVV-Saal Fröbelstraße: 1. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Bezirksorganisation.

Die Gesichter sind meistens die „alten“. 120 Delegierte aus 98 Basisorganisationen haben ein Mandat erhalten. Die Mandatsprüfungskommission berichtet: 91 sind anwesend, davon aber nur 27 Genossinnen. Gemurmel an den Tischen. Dennoch, wir sind beschlußfähig.

Der Bezirksvorstand hat einen schriftlichen Bericht über die ersten beiden Jahre nach der Fusion vorgelegt. Bezirksvorsitzender Gernot Klemm erläutert einige Passagen. Wie überall im Leben: manches ist gelungen, einiges nicht so. Auf der Haben-Seite steht das Ergebnis der Berliner Wahlen 2001, die die PDS zur stärksten kommunalpolitischen Kraft im Bezirk gemacht und in den Berliner Senat geführt haben. „Bisher ist offen, wie wir damit umgehen“, konstatiert der Bezirksvorstand. Denn „auch der Bezirksverband Berlin Drei steht mit seinen Aktivisten vor dem Problem, vorrangig der Adressat, weniger das Subjekt des politischen Kurses der Landesregierung zu sein.“ Angemahnt werden „eine Stärkung der bezirkspolitischen Belange in den landespolitischen Auseinandersetzungen auf Koalitionsebene“ und „eine breite Vermittlungs- und Informationspolitik durch PDS-Mandatsträger“.

Umdenken

Ergänzend zum Vorstandsbericht legt Klaus Lederer beeindruckende

Gedanken zur politischen Wirksamkeit der PDS in Berlin und Bezirk dar (Auszüge siehe nächste Seite). Wie die Diskussion zeigt, treffen sie den Nerv der Delegierten. „Wir wollen von unserer Partei, nicht durch die Presse informiert werden,“ verlangt ein Genosse. Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus, sie ist auch PDS-Vizechefin in Berlin, plädiert für einen neuen Politikstil. Transparenz sei unumgänglich, um mit der Hinterlassenschaft der CDU/SPD-Koalitionen fertig zu werden. Michail Nelken, MdA, fordert ein Umdenken in der Blickrichtung: statt „was machen die da oben?“ müssen wir uns fragen „was machen wir denn da“. Aus seiner Sicht ist der Berliner Pleite nicht mit herkömmlichen Mitteln beizukommen, sind neue politische Ansätze notwendig.

Was zu tun ist

Ausgesprochen kritisch schätzt der Bezirksvorstand die Situation im fusionierten Bezirksverband ein. Trotz aller Bemühungen ist das Zusammenwachsen nicht zufriedenstellend gelungen. Kommunikation überschreitet die bisherigen Bezirksgrenzen zu wenig. Manche Probleme bestanden schon vorher; sie hat die Fusion verschärft: die stark abnehmende Mobilität der Basisorganisationen, das Wegbre-

chen von Strukturen, die abnehmende Bereitschaft von Teilen der Mitgliedschaft, die Veränderungen von PDS-Politik unter veränderten Rahmenbedingungen kritisch, aber aktiv zu begleiten. Daraus entsteht Resignation. Geringere Mitgliederzahlen und damit auch Finanzmittel zwingen, aus weniger mehr zu machen. Notwendig sind die Bündelung der Aktivitäten, die Schaffung neuer Strukturen der Basis auf Wahlkreisebene, die Verbesserung der Kommunikationswege, die Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit. Die politische Debatte „von unten“ über die Strategie der PDS und ein neues Programm braucht neue Anstöße.

Das sind anspruchsvolle Vorgaben für den neuen Bezirksvorstand. Obwohl er die vergangene Periode als „unerfreulich“ bezeichnet, kandidiert Gernot Klemm wieder als Bezirksvorsitzender. 85 Prozent der Delegierten geben ihm ihre Stimme. Neben „bewährten“ Mitgliedern kommen einige neue Gesichter in den Vorstand. Ob es ein Vorteil ist, daß niemand aus der BVV-Fraktion dabei ist? Da nicht genügend Genossinnen kandidieren, muß die Wahl in der nächsten Tagung fortgesetzt werden.

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl ist die erste Bewährungsprobe. Auf denn!
F.W.

Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei

Vorsitzender Gernot Klemm (37 Jahre), MdA

Stellv. Vorsitzender Klaus Lederer (28)

Mitglieder Gert Cramer (49), Regina Delorme (67), Martina Jahn (45), Uta Mewes (41), Michail Nelken (50), MdA, Siglinde Schaub (61), MdA, und Haimo Stierner (21) – (eine Stellv. Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder sollen nachgewählt werden).

Vertreterinnen der PDS Berlin Drei im Landesrat

Karin Busacker und Gisela Grunwald

Delegierte der PDS Berlin Drei zum 8. Parteitag der PDS

Sandra Brunner, Gert Cramer, Gisela Grunwald, Katja Haese, Gernot Klemm, Heidi Knake-Werner, Jens Neumann, Siglinde Schaub und Matthias Zarbock



Aus dem Beitrag zur Hauptversammlung am 25. Mai 2002

Es geht um das Primat von Politik

Ich glaube, die frühe Fixierung der PDS auf ein parlamentarisches Primat und ein strategisches Bündnis mit der SPD brachte ein Problem mit sich. Sie legte uns, ohne daß wir unsererseits klare politische Bedingungen für die Zusammenarbeit gestellt und gesellschaftlich vermittelt haben, auf eine bestimmte Art von Agieren und auf einen bestimmten Partner fest.

Vor Jahren hat die PDS-Gruppe im Deutschen Bundestag geschlossen und wahrnehmbar gegen Kriegsbeschlüsse des Deutschen Bundestages protestiert und keine Sorgen gehabt, sich damit außerhalb der Geschlossenheit des Plenums zu stellen. Heute besitzt der Präsident der Vereinigten Staaten offensichtlich eine größere Gelassenheit, diese Proteste eines kleinen Teiles unserer Abgeordneten als legitimes Recht zu ertragen, als der Fraktionsvorsitzende der PDS und seine Stellvertreterin. Diese Art von Protest mag ja nicht jedermanns Sache sein, aber er entsprach unserer Haltung außerhalb der Parlamente. War es die Angst vor dem Antiamerikanismusvorwurf? Und rechtfertigt diese Angst eine solche mangelnde Souveränität und das öffentliche Vorführen der drei durch die eigenen GenossInnen?

Über den Sinn der Koalition

Die Debatten um die Berliner Koalitionsvereinbarung und die jetzige Koalitions- und Senatspolitik zeigen ebenfalls, daß das Hauptproblem in der Frage des täglichen politischen Agierens der PDS besteht. Auch hier gilt das Prinzip: strategische Souveränität und klare Vorstellungen über den Rahmen des Erreichbaren, dann aber auch die sichtbare Auseinandersetzung über dieses Erreichbare! Auch eine sozialistische Partei kann unter real existierenden kapitalistischen Bedingungen, unter dem Druck der Kapitalmärkte, der Standortdebatten und Investitionserpressungen, unter dem Druck der Notwendig-

keit verbrecherisch anmutender Kürzungen zur Wiedergewinnung der Instanzen politischer Steuerung kommen. In Kenntnis unseres Wahlprogrammes und einer von einem Landesparteitag mit großer Mehrheit getragenen Koalitionsvereinbarung sind bestimmte Überraschungen bei mir nicht mehr eingetreten. Wer wollte, konnte lesen, worauf er sich auch mit der PDS einstellen muß. Aber: Sinn dieser Koalition ist nicht die Haushaltskonsolidierung an sich, und die Legitimation einer solchen Kürzungspolitik kann aus sozialistischer Perspektive nicht darin bestehen, daß die bestehende Koalition für eine solche ein Garant sei. Sinn dieser Koalition kann nur sein, daß nach Jahrzehnten von organisierter Absahner-Mentalität unter der Fahne der Leistungsgerechtigkeit in West- und dann in Gesamtberlin das politische Moment wieder in die Landespolitik einzieht. Es geht also um die Wiedergewinnung der Politik in der Stadt zur Durchsetzung von Interessen in sozialen Auseinandersetzungen.

Was uns fehlt

Politik ist nicht irgendein Abstraktum. Zur Politik gehört es, Interessen zu benennen, die man zu vertreten gedenkt und auch vertritt. Es gehört dazu, auch die entgegenstehenden Interessen zu benennen, selbst wenn diese entgegenstehenden Interessen sich in der Institution des Koalitionspartners verkörpern. Dazu gehört, Kräfteverhältnisse einzuschätzen und in Auseinandersetzungen zu gehen. Zu aufklärerischer Politik gehört, die Grenzen des Möglichen zu benennen – allerdings auch Wege aufzuzeigen, wie diese Grenzen ausgeweitet werden könn(t)en. Dazu gehören klare politische Vorhaben, deren Durchsetzbarkeit geprüft ist und um die sich auch ernsthaft verhandeln läßt. Was uns fehlt, ist eine klare politische Strategie, die die Schritte auf Landesebene nachvoll-



Klaus Lederer
alter und neuer Stellv. Vorsitzender

ziehbar, vermittelbar, meßbar werden läßt.

Es ist nicht die Linke, es ist nicht die PDS, es sind nicht wir, die derzeit die Musik machen, nach der in unserem Land politisch getanz wird – weder auf Landesebene, noch im Bund oder in Europa, geschweige denn weltweit. Wir bestimmen die wenigsten gesellschaftlichen Voraussetzungen für unsere politische Durchsetzungsfähigkeit. Deshalb können wir noch viel öfter in die Situation kommen, selbst aus einer Regierungsposition gegen viele schlimme gesellschaftliche Zustände wenig tun zu können. Wir sollten uns deshalb schon mit Versprechen in diese Richtung zurückhalten. Aber wir besitzen noch die Souveränität der politischen Mittel und derer dürfen wir uns nicht begeben – insbesondere jenseits des Parlaments und innerhalb der gesellschaftlichen Debatten. Deshalb hätte die ganze Angelegenheit niemals so geräuscharm laufen dürfen, wie es letztlich der Fall war. Hier geht es um das Primat von Politik!

Klaus Lederer

Im Blickpunkt: Weißensee

Verkehr und Städtebau in Weißensee



Die Planung zum Um- und Ausbau der Pistoriusstraße ist soweit vorangeschritten, daß in wenigen Wochen die Arbeiten beginnen können. Schwerpunkt ist die Verbesserung der Fahrbahn. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Gestaltung der Kreuzung am Hamburger Platz ein. Städtebaulich bietet sich hier wieder die Errichtung eines Kreisverkehrs an. In vielen Städten Europas wird immer mehr auf diese sichere und vernünftige Art von Kreuzungen zurück gegriffen. An den Einmündungen in den Kreisverkehr am Hamburger Platz sollen in der Mitte Verkehrsinseln mit Zebrastreifen errichtet werden. Nach Aussage von Verkehrsexperten und nach Erfahrung in anderen Städten wird die Überquerung der Kreuzung so auch für Schüler genauso sicher sein, wie mit einer Ampelanlage.

Außerdem beschäftigte sich der Ausschuß für Stadtentwicklung und Verkehr der BVV mit folgenden Problemen. Die Fläche in der Meyerbeerstraße 61/63 wird statt für

eine Grünfläche nun für die Nutzung bzw. Entwicklung zur Wohnbebauung freigegeben. Das Sanierungsziel mußte geändert werden, weil auf längere Sicht die Stadt kein Geld zum Ankauf des Grundstücks hat. Schwerpunkt aller Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Komponistenviertel ist die Kita- und Schulwegsicherung. Das Bezirksamt soll hier in Zusammenarbeit mit den Bürgern bis zum 11. September 2002 einen Realisierungsplan vorlegen. Die Lichtzeichenanlage Krugstege soll so verändert werden, daß durch die Verlängerung der Grünphase in Richtung Heinersdorf der Rückstau in Alt Blankenburg

abnimmt. Eine wichtige Regelung bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen ist, den Anliegern Gelegenheit zu geben, die Planungen auch von mehreren Varianten einzusehen, Einwände zu äußern und Vorschläge einzubringen. Vor der Entscheidung über die Ausbauvariante hat sich die Bezirksverordnetenversammlung damit zu befassen.

In der nächsten Zeit wird sich der Ausschuß vor allem mit der Verkehrsanbindung von Karow zur B2, der Langhansstraße und der Umgehungsstraße Heinersdorf entlang der Industriebahn beschäftigen.

Thomas Goetzke

Wie weiter in der Berliner Allee?

Von Zeit zu Zeit berichten wir über Veränderungen in der Berliner Allee. Vor wenigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit der Vorsitzenden der Interessengemeinschaft City Weißensee, Frau Dewald, über die weiteren Ziele zu sprechen. So sollen bis zum Herbst dieses Jahres die Gehwegerneuerungsarbeiten beidseitig fertiggestellt sein und etwa zur gleichen Zeit werden, nicht zu letzt der Umwelt zuliebe, 88 Lindenzweige in der Allee gepflanzt. Die Auswechslung der alten Laternenmaste wird in diesem Jahr ebenfalls schrittweise fortgesetzt.

Zur Zeit gehören der IG City Weißensee etwa 20 Mitglieder an,

überwiegend Einzelhändler. Gemeinsam mit ihrem Team möchte Frau Denwald als nächstes erreichen, daß gegenüber dem Kino Toni zweimal im Jahr ein größerer Markt mit vielen Attraktionen stattfindet. Sollten dieses Vorhaben genehmigt werden, ist ein Weihnachtsmarkt angedacht. Obwohl die Berliner Allee einige Geschäfte hinzugezogen hat wie zum Beispiel zwei Drogerien, einen Damen- und einen Herrenausstatter sowie einen Blumen und einen Bücherladen, stehen noch einige Ladengeschäfte leer. Darauf hat die IG City Weißensee natürlich auch keinen Einfluß.

Karin Busacker

Berliner Allee



Festgeschichte

In den vergangenen 100 Jahren hat sich das Weißenseer Blumenfest vielfach gewandelt – zuletzt in diesem Jahr, in dem erstmals vom traditionellen Termin Ende August abgegangen wird. Zur Begründung führt das Bezirksamt an, es sei ein gewisser zeitlicher Abstand zwischen dem Blumenfest und dem Fest an der Panke gewünscht. Diese Entscheidung hat jedoch noch der alte, aus Pankow stammende

Bürgermeister getroffen. Die Ursprünge des Festes liegen im Dunklen. Die Ortschronisten nehmen an, daß es sich angesichts vom über 30 Gartenbaubetrieben, die Ende des 19. Jahrhunderts in Weißensee ansässig waren, aus Kirchwei- und Erntedankfesten entwickelte. Eine andere Spur führt zu sozialdemokratischen Arbeiterfesten im Etablissement Sternecker. Gesichert ist erst eine Veranstaltung namens

„Blühendes Weißensee“ die das Bezirksamt von 1933 bis 1938 ausrichtete. Zur festen Institution unter dem heutigen Namen wurde das Fest dann 1963 mit Blumenschau und Blumentombola. Höhepunkt ist seit jener Zeit das Feuerwerk. Seit 1994 wird eine Blumenkönigin gewählt und der Blumenkorso abgehalten. Rummel, Musik, Tanz und Markttreiben gehörten jedoch seit je zu diesem Fest. *Horst Zakrzewski*

Aus den Ausschüssen der BVV

Sisyphusarbeit

Eine Aufgabe des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Eingaben, Geschäftsordnung und Bürgerdienste ist es, auftretende Probleme bei der Arbeit mit der neu beschlossenen Geschäftsordnung zu beraten. Bisher haben wir uns in diesem Ausschuß jedoch überwiegend mit Eingaben (bisher 16 in drei Sitzungen) beschäftigt. Auf unseren Wunsch hin hat das Bezirksamt aber auch über den gegenwärtigen Stand bei den Bürgerdiensten berichtet. Insbesondere sind von uns die langen Wartezeiten in und der weitere Aus- und Neubau der Bürgerämter besprochen worden.

Im Ausschuß für Gesundheit und Soziales zeigen die behandelten Probleme besonders deutlich das Dilemma, in dem sich nicht nur unserer Bezirk befindet. So läßt sich z.B. das Betreiben von je drei Bereichen des Sozialamtes jeweils in den drei Alt-Bezirken nicht mehr aufrechterhalten. Der extreme Geldmangel erzwingt hier andere Lösun-

gen. Es wird nun versucht, die negativen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger zu minimieren.

Es gibt aber auch Positives zu berichten. Das Projekt „Modernes Sozialamt“, das in Weißensee begonnen wurde, wird nun im Großbezirk eingeführt. Speziell geschultes Personal kümmert sich intensiv um die Rückführung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und hat bisher gute Erfolge erreicht. Auch bei dem in unserem Bezirk erstmalig getesteten Projekt „MOZART“ sind nach einer Anlaufzeit erste Erfolge erreicht worden in der Arbeitsvermittlung und der gemeinsamen Auszahlung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld von nur noch einer Stelle.

Der Ausschuß für Umwelt und Natur beschäftigt sich nicht nur mit den in unserem Bezirk umfangreichen Grünflächen sondern auch mit weiteren Problemen wie z.B. Vermüllung, Umweltstreifen, Land-

schaftsplänen und Kleingärten. Die prekäre finanzielle Situation führt im Fall der Anlage in Blankenfelde fast zum Verfall eines Teils der Anlage. Hier müssen Alternativen zum Erhalt dieser sehr schönen Anlage gefunden werden.

Für die Propagierung des Umweltgedankens ist u.a. im Bezirksamt das Umweltbüro zuständig. In der vergangenen Wahlperiode gab es um dieses Umweltbüro einige Irritationen. Ein erarbeitetes Konzept des damaligen Bezirksamtes traf auf Unverständnis im Ausschuß und in der BVV. Das jetzige Bezirksamt ist zunächst bemüht, die Räumlichkeiten und die personelle Besetzung zu sichern. Wir werden aber auch wieder nach dem noch ausstehenden überarbeiteten Konzept für die Arbeit des Umweltbüros fragen. Darin sollten die Propagierung von globalen Umweltaspekten und die Einbindung des Umweltbüros in den Agendaprozess festgeschrieben werden. *Dr. Axel Bielefeldt*



„Anton und Lola“ – Neu in Weißensee

Längst war es zu eng geworden im Frei-Zeit-Haus für die verschiedenen Gruppen, Kurse, Veranstaltungen, Beratungen und Treffen. Manche neue Idee konnte nicht umgesetzt oder mußte verschoben werden, weil der Platz fehlte. Deswegen entstand der neue Nachbarschaftstreff „Anton und Lola“ vis-à-vis des Frei-Zeit-Hauses in der Pistoriusstraße. Viele Weißenseer haben ehrenamtlich mitgewirkt beim Um- und Ausbau, beim Gestalten und Einrichten der ehemaligen Räume der Bäckerei Fitzner, so daß am 30. April die Einweihung gefeiert werden konnte. Seitdem entdecken viele diesen neuen Treffpunkt. Herzlich eingeladen sind jung und alt zum Beispiel: Dienstags von 9.30-12.30 Uhr zum Vollwertfrühstück und offenen Spieltreff; Mittwochs von 9.30-12.30 Uhr zum Kinderliedersingen mit Gitarrenbegleitung und Caf etrieb; Donnerstags kochen junge Mütter reich-

haltige Eintöpfe, die in der Zeit von 12 bis 14 Uhr für eine Spende zu genießen sind. Die Schrei-Baby-Ambulanz nutzt einen kleineren Raum im hinteren Bereich. Dort erhalten betroffene Eltern erste emotionale Hilfe im Umgang mit ihren Schreibabys (Anmeldung unter 4 04 53 33). Am Wochenende können die Räumlichkeiten stundenweise für Kindergeburtstage oder zu anderen privaten Anlässen gemietet werden (Anmeldung unter 92 79 94 63). Die

Finanzierung der laufenden Raumkosten ist schwierig. Es gibt keine zusätzlichen Gelder aus dem Bezirk oder Senat für die neuen Räume. Deswegen diese Bitte an alle Weißenseer: Unterstützen Sie den Nachbarschaftstreff, besonders wenn es Ihnen in den neuen Räumen gefällt, indem Sie die Raumkosten einiger Quadratmeter übernehmen! Pro Quadratmeter und Monat sind 7 Euro nötig.

Christoph Lewek

weitere Info
unter
92 79 94 63

FreizeitHaus



Aus dem Bezirksamt

An hundert Orten...

Nach kurzer
Unterbrechung
wieder im Amt



Zur Person:
Martin Federlein (CDU)

Geboren 1946 in Pankow

1973 Abschluß des Studiums für Ökonomie
und Wirtschaft

Bis 1990 Tätigkeit als Informator

1990-2000 Bezirksstadtrat für Finanzen
und Wirtschaft in Pankow

2001 bis Anfang 2002 Unternehmensbera-
ter und Mitglied der BVV Pankow

seit 2002 Bezirksstadtrat für Stadtentwick-
lung in Pankow

Das Bezirksamt Pankow ist seit gut 100 Tagen im Amt; die BVV bestätigte den Entwurf des Bezirksamtes zum Doppelhaushalt 2002/2003. Zeit nachzufragen, was den Bürger erwartet. extraDrei war zu einem Gespräch beim Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Martin Federlein (CDU).

Stadtplanung und Sanierung sind Schwerpunkte der Arbeit im Fachbereich. Dabei hat der Standort Buch als Entwicklungsgebiet eine wichtige Aufgabe im Nordostraum. Und das, so Martin Federlein, unter mehreren Aspekten. Es geht um den Ausbau Buchs als Gesundheitsregion und Biotechnologiezentrum, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und um die weitere Entwicklung der Infrastruktur. Eingeschlossen in diese Überlegungen ist beispielsweise auch der Versuch, den Künstlerhof Buch als sozio-kul-

turelles Zentrum zu erhalten. Ziel ist es, die finanziellen Grundlagen bis zum 31.12.2002 zu sichern.

In den Fragen der Infrastruktur wünscht sich der Bezirksstadtrat ein größeres Engagement der Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, geht es doch um die Erhöhung der Lebensqualität der in diesem Gebiet lebenden und arbeitenden Bürgerinnen und Bürger. Bis zum Herbst 2002 soll der städtebauliche Vertrag über die Zentrumsentwicklung von Buch abgeschlossen sein. Der Abschluß der Baumaßnahmen durch den Konsum soll 2004 erreicht werden.

Buch ist in den Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ einbezogen, ein Programm, das die Bundesregierung im vergangenen Jahr beschlossen hat. Ostdeutsche Kommunen sollen damit finanzielle Hilfen für die städtebauliche Entwicklung erhalten. Im Großbezirk gehören neben Buch die Neumannstraße und der Prenzlauer Berg zum Programm. In der Neumannstraße geht es um die Entwicklung der Infrastruktur und im Prenzlauer Berg um die Entwicklung des Wohnumfeldes. Bis zum 10.6.2002 sollen die beauftragten Planungsbüros die entsprechenden Vorschläge vorlegen. Zu hoffen ist, daß Bürgerinnen und Bürger Vorschläge und Ideen einbringen konnten. Zu finanziellen Größenordnungen kann Herr Federlein zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts sagen. Konkreter wird es erst, wenn der Senat seine Auswahl und Entscheidung getroffen hat.

Die Weißenseer Bürgerinnen und Bürger wird freuen, daß nun endlich die Erneuerungsarbeiten in der Berliner Allee zum Jahresende 2002 abgeschlossen sein sollen (ursprünglich geplant für Juni 2002). Der Bezirksstadtrat ist mit der IG City Weißensee e.V. über zu schaffende Kurzparkmöglichkeiten für die Kunden der Geschäfte in der Berliner Allee im Gespräch. Der Antonplatz ist weiter im Blick. Zu

prüfen sind Verschönerungsvorschläge, von der BVV beschlossen, und die Taxisituation.

Die Pistoriusstraße wird saniert. Fest steht: Die Breite der Straße ermöglicht keinen Fahrradweg und am Hamburger Platz wird ein Kreisverkehr eingeführt.

Die katastrophale Finanzsituation Berlins und damit seiner Bezirke ist bekannt. Auch im Bereich Stadtentwicklung sind erhebliche Kürzungen geplant, so daß, wie M. Federlein sagt, oft nur noch Notmaßnahmen, vor allen Dingen im Tiefbaubereich, möglich sein werden. Erstaunlicherweise hat er bei Gesprächen mit Bürgern Verständnis für Sparmaßnahmen gefunden.

Das Sparkonzept für Pankow sieht folgendes vor: Für den baulichen Unterhalt öffentlicher Gebäude können nur noch 5,7 Mill. Euro ausgegeben werden, im Vorjahr waren es noch 7 Mill. Euro. Auch die Schäden am Straßennetz werden weiter zunehmen. Statt 2,5 Mill. im vergangenen Jahr stehen 2002 für Reparaturen nur noch 2,2 Mill. Euro bereit. Für eine Grundsanierung wären mindestens 7 Mill. Euro nötig.

Befragt, mit welchen Anliegen Bürgerinnen und Bürger in seine Sprechstunde kommen, nennt Herr Federlein folgende Probleme: Straßensituationen und ruhender Verkehr; Durchsetzung des Milieuschutzziels bei Modernisierung zum „Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen“; Sicherung von Kleingartenanlagen im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan.

Man hört und liest: Im Bezirksamt herrscht eine konstruktive Zusammenarbeit. Bürgermeister Kleiner (PDS) brauchte bisher noch nicht seine Stimme, die in Patt-Situationen doppelt zählt, entsprechend einsetzen. Es ist also zu hoffen, daß alles nur Mögliche im Interesse der Bürger getan wird.

Gespräch: Renate Tepper

Erste Schritte zum Erhalt des Bucher Künstlerhof gemacht

Nicht nur Leerstand und Labor

Im März dieses Jahres schreckte Buch auf. Der einzige Kunst- und Kulturstandort im Ortsteil Buch – der Künstlerhof – soll geschlossen werden. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur schlägt die Einstellung der Zuschüsse an den Künstlerhof vor. Darüber hinaus sollte das Grundstück in den Liegenschaftsfonds übertragen werden. Schon Mitte April war ich dort, um mich über die Senatspläne zu informieren und mir ein Bild vom Künstlerhof zu machen. Sofort wurde ich von den Künstlern und dem Geschäftsführer belagert. Denn die kamen sich reichlich verschaukelt vor. Seit vielen Jahren sind sie von der Senatskulturverwaltung getröstet worden. Die Erstellung eines Nutzungskonzeptes scheiterte immer wieder an Haushaltssperren. Und nun sollte so mir-nichts-dir-nichts die Schließung ins Haus stehen? Trotzdem hier immerhin eine Menge Künstler ihre Ateliers und ihren Arbeitsplatz haben.

Die Bucher Bürgerinnen und Bürger und nicht zu letzt die ansässigen Investoren, Firmen und Forschungseinrichtungen haben für den Erhalt des Künstlerhofes plädiert. Als einer der größten Investitionsräume braucht der Norden Berlins nicht nur Labore sondern auch soziokulturelle Infrastruktur.

Politische Vermittlung von Problemen ist eine meiner Aufgaben: Almuth Nehring-Venus, die Bezirksstadträtin für Wirtschaft und Kultur, nahm den Moderationsprozeß in die Hand und initiierte einen Runden Tisch – gemeinsam mit den betroffenen Künstlern, dem Geschäftsführer des Künstlerhofes, dem Regionalmanagement und auch dem Biotechnologie-Campus. Auch ist es uns gelungen, daß am 23. Mai der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Thomas Flierl (PDS), sich persönlich vom Geschehen auf dem Künstlerhof überzeugte und das enorme Potential, daß der Künstlerhof bietet, lobte.

Im gemeinsamen Gespräch konnten erste Schritte zum Erhalt des Künstlerhofes gemacht werden. Voraussetzung für den Erhalt des Kunst- und Kulturstandortes „Künstlerhof Buch“ ist, daß in einem zu erarbeitenden Nutzungskonzept sich der Künstlerhof mehr an die Öffentlichkeit und an die Bucher Bürgerinnen und Bürger wendet. Sofern ein Nutzungskonzept erarbeitet wird, eine neue Trägerschaft des Künstlerhofes geklärt werden kann, ist ein Erhalt des Künstlerhofes und eine Zwischenfinanzierung auch im Jahre 2003 möglich.

Flierl sagte auch sein Bemühen zu, die Übertragung des Grundstückes vom Künstlerhof in den Liegenschaftsfonds vorerst zu stoppen. So ist zunächst wenigstens Zeit gewonnen.

Also, ran an die Arbeit. Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Damit es in Buch nicht nur Leerstand und Labore gibt, brauchen wir einen Künstlerhof. *Sandra Brunner*



Sandra Brunner
Direkt für den Bundestag im Wahlkreis 77

Ein Netzwerk für alle

So wie ich es in meiner Zeit als Bürgermeisterin von Hohenschönhausen und später Friedrichshain-Kreuzberg getan habe, will ich mich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, daß das WHO-Projekt „Netzwerk Gesunde Städte“ in möglichst vielen Städten Deutschlands umgesetzt wird. Es hat mich gefreut, zu hören und zu lesen, daß auch der Bezirk Pankow sich nun auf den Weg begeben hat, um Teil des Netzwerkes zu werden.

Hohenschönhausen war ja einer der ersten Berliner Stadtbezirke, die sich dem Projekt anschlossen. Inzwischen gehören neun Bezirke dem Netzwerk an, Pankow und Spandau bereiten ihre Aufnahme vor.

Das beachtenswerte Vorhaben beruht auf dem Gedanken, daß Gesundheitsförderung über individuelle Vorsorge hinausgeht und Lebensbedingungen mit einschließt. Stadtgestaltung ist kein Monopol

von Politik und Wirtschaft. Sie sollte öffentlich diskutiert und ausgehandelt werden.

Städte bieten Chancen: Arbeit, Einkommen, Bildung, Kultur, soziale Kontakte. Städte bergen immer auch Risiken: Streß, Lärm, Umweltschäden, Vereinsamung.

1986 lud die Weltgesundheitsorganisation mit ihrer Ottawa-Charta zum Neu- und Umdenken ein. Gesundheit entsteht nicht in der Arztpraxis und im Krankenhaus sondern im Alltag. Es gilt, sie zu fördern und zu erhalten, so das Credo des Papiers.

1989 gründete sich ein bundesdeutsches Netzwerk, dem inzwischen viele Kommunen und Kreise beigetreten sind. Willkommen im Netzwerk ist jede Stadt, die ein 9-Punkte-Programm beschließt und Selbstverpflichtungskriterien einkehrt.

Eine gesunde Stadt ist für mich der gelungene Versuch einer gesund-

heitsfördernden, sozial und ökologisch orientierten Stadtentwicklung. Ich möchte an dieser Stelle einmal auf die Standards der Weltgesundheitsorganisation für lebenswerte und gesunde Städte verweisen. Sie sind es Wert, in politisches Handeln einbezogen zu werden.

Eine gesunde Stadt ist für mich der gelungene Versuch einer gesundheitsfördernden, sozial und ökologisch orientierten Stadtentwicklung. Gesundheitspolitik greift in alle politischen Verantwortungsbereiche ein. In einer gesunden Stadt ist sowohl der Politik als auch der Verwaltung Ressortdenken fremd. Das wiederum ist mir sehr nah. Ich bin sicher, daß wir gemeinsam vieles werden tun können, um in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee die Vision einer gesunden Stadt, die Wohlbefinden fördert, zu verbreiten und zu leben.

Bärbel Grygier



Bärbel Grygier
Direkt für den Bundestag im Wahlkreis 84

Straßenanbindung PankowPark in der Sackgasse?

Eine Chronologie

1998 IG Metall, Betriebsrat und Unternehmensführung von ABB (heute ALSTOM Power) einigten sich gemeinsam mit den politischen Parteien des Abgeordnetenhauses und des Bezirkes Pankow (alt), dem Bezirksamt Reinickendorf und dem Senat auf das Nutzungskonzept PankowPark für das ehemalige Bergmann-Borsig-Gelände in Wilhelmsruh. Dieser politische Konsens sah unter anderem eine bessere Anbindung des Areals an das Berliner Straßennetz vor, deren Planung vom Senat mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan XIX-VE 8 eingeleitet wurde.



2000 In diesem Vorhaben- und Erschließungsplan werden zwei Varianten für die Anbindung des Geländes zum Wilhelmsruher Damm in Pankow diskutiert: eine nördliche Umfahrung des Friedhofs Rosenthal auf der Trasse der ehemaligen Niederbarnimmer Eisenbahn und eine Straße entlang des Nordgrabens hin zur Uhlandstraße. Dieser zweiten Variante würden auf Pankower Seite private und öffentliche Kleingärten und sogar ein bewohntes Haus zum Opfer fallen.

5.1.2001 In einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung spricht sich das neue Bezirksamt des Fusionsbezirkes für die Variante Eins aus und verweist auf entsprechende Beschlüsse aus Pankow (alt) und einen inzwischen getroffenen Konsens für diese Variante.

18.7.2001 In einem Antrag drängt der Ausschuß für Stadtent-

wicklung der fusionieren Bezirksverordnetenversammlungen das Bezirksamt, sich für eine zügige Verabschiedung des Planwerkes einzusetzen. Die Grünen hingegen sehen in der östlichen Anbindung des ABB-Geländes den Einstieg in die sogenannte Nordtangente.

5.3.2002 Das Bezirksamt Pankow forderte den Senat auf, endlich das Planungsverfahren auf der Basis des Konsensbeschlusses abzuschließen. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichneten Bürgermeister Kleinert (PDS) und Stadtrat Federlein (CDU) die Herstellung der ABB-Verbindungsstraße als grundlegend für die Sicherung der vorhandenen und die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze im PankowPark.

9.4.2002 Im Abgeordnetenhaus beantragt die CDU-Fraktion, an der bisherigen Planung (Variante 1) für die östliche Anbindung des ABB-Geländes festzuhalten.

17.4.2002 Auf Antrag der PDS unterstützt die BVV des Großbezirkes das Bezirksamt, sich bei der Senatsverwaltung für die Beibehaltung der bisherigen Planung einzusetzen.

18.4.2002 In seiner Antwort auf eine mündliche Anfrage von Siglinde Schaub (PDS), MdB, bestätigte Senator Strieder, „daß die Senatsverwaltung eine Änderung des östlichen Trassenabschnitts der geplanten Erschließungsstraße beabsichtigt“, anstelle der bisher vorgesehenen Trassenführung soll die Straße entlang des Nordgrabens geführt werden. Als Gründe für die Planänderung führt der Senator die „Minderung der Verkehrslärmbelastigungen“ für die Wohnhochhäuser am Dannenwalder Weg und einen „geringeren Zerschneidungseffekt für die Grün- und Freiflächen im ehemaligen Mauerstreifen“ an. Eine Planänderung für den dringlicheren westlichen Straßenabschnitt zwischen der Straße „Am Nordgraben“ in Reinickendorf und dem ABB-Areal sei nicht beabsichtigt. „Bei kooperativem Verhalten aller

am Verfahren Beteiligten wäre – so Strieder – ein Baubeginn des westlichen Straßenabschnitts noch in diesem Jahr möglich.“

25.4.2002 Bezirksstadtrat Michael Wegner (CDU) informierte im Verkehrsausschuß der BVV Reinickendorf über eine Beratung der Stadtplanungsämter aus Reinickendorf und Pankow im Hause Strieder am gleichen Tag, bei der beide Bezirke ihr Veto gegen die Planungsänderung eingelegt hätten. Die Vermutung wurde laut – so die Presse –: der Senator wolle dem SPD-Kreisverband in Reinickendorf gefallen.

7.5.2002 In einem Brief an Senator Strieder widerlegte die IG Bauen, Wohnen und Verkehr in Wilhelmsruh und Rosenthal dessen Argumente: „Sie erkaufen eine geringfügige Entlastung vom Verkehrslärm im Märkischen Viertel ... – bei einer Trassenführung in unbebautem Gelände – mit einer Steigerung der Lärmbelastung im Wilhelmsruher Wohngebiet ... durch eine Trassenführung über privates, bebautes und von Dauerbewohnern bewirtschaftetes Gelände ... Den Wilhelmsruher Bürgern ist es völlig unklar, nach welchen Regeln der Senat hier arbeitet. Drei Jahre Planungsarbeit sind für die Katz.“

12.6.2002 Der Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich mit dem CDU-Antrag vom 9. April und verabschiedet gegen die Stimmen von CDU, FDP und Grünen eine „Dringliche Beschlußempfehlung“, in der der „Senat aufgefordert“ wird, „alternative Planungsvorschläge“ für eine Erschließungsstraße „in östlicher Richtung“ „aufzuzeigen“. Damit hat nach dem Senator auch das Abgeordnetenhaus den bis dahin bestehenden Konsens aufgekündigt.

extraDrei gratuliert den politisch Verantwortlichen und fragt: Habt ihr noch alle Tassen im Schrank?

Klaus Gloede / Wolfram Kempe

„Rechte sind in jedem Club“

„Gehört der öffentliche Raum in Weißensee den Rechten?“ Eine Podiumsdiskussion unter dieser Fragestellung fand am 25. April im Jugendklub K 14 in Karow statt. Dazu eingeladen hatte die „Aktive Weißensee“, ein Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern aus Weißensee, die den rechten Bestrebungen und Entwicklungen in ihrem Kiez etwas entgegensetzen wollen.

Leider machte eine Sondersitzung der BVV den Veranstaltern einen Strich durch die Rechnung: Die Jugendstadträtin Christine Keil und der Fachbereichsleiter Jugendförderung, Herr Sablotny, mußten die Veranstaltung im Anschluß an ihre Eingangsreferate verlassen. Trotzdem entwickelte sich unter den doch zahlreich erschienen Gästen eine

rege Diskussion, die deutlich machte, daß es in Weißensee noch viel zu tun gibt.

Wahrnehmungen rechtsextremer Strukturen und Einstellungspotentiale halten sich gerade bei den Verantwortlichen in Grenzen. Daran konnte auch die Darstellung der Situation in Weißensee durch die Mitarbeiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (ein Projekt des Zentrums Demokratische Kultur) nichts ändern.

In Bezug auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wurde deutlich, daß bei Weitem nicht jedem Verantwortlichen klar ist, wie wichtig es gerade in diesem Bereich ist, über die Mauern der eigenen Einrichtung hinweg zu sehen und perspektivisches Handeln als notwen-

dig zu erachten. Es darf sich mit rechten Orientierungen nicht erst auseinandergesetzt werden, wenn sie sich im eigenen Klub nicht mehr verleugnen lassen! Vielmehr als bisher muß präventives und konfrontatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen als Notwendigkeit erkannt und dort, wo es schon praktiziert wird, auch unterstützt werden.

Einige Fragen blieben am Ende der Diskussion der fortgeschrittenen Zeit wegen leider unangesprochen. Unter anderem die wichtige Frage nach den Opfern rechter Gewalt – die entweder an den Rand gedrängt werden, oder deren Zivilcourage ihnen hinterher auch noch Schwierigkeiten einbringt.

Ines Pohl

„Wir kämpfen um die Kuh“

Die Aktivitäten organisierter Neonazis im Großbezirk reißen nicht ab. Anfang Mai wurde innerhalb einer Nacht gleich zwei mal das „Haus der Jugend – Bunte Kuh“ in der Parkstraße in Weißensee angegriffen. In diesem Jahr gerieten bereits der Eine Welt-Laden „Baobab“ und das „Antifa-Quariat“ (beide im Prenzlauer Berg) ins Visier der Neonazis. (extraDrei berichtete)

Zum letzten Vorfall: In der Nacht zum 4. Mai gegen 1.30 Uhr drangen zwei Neonazis in den Vorraum der „Bunten Kuh“ ein, zehn weitere standen vor dem Gebäude, um die Lage auszuspähen. Die herbeigerufene Polizei konnte keine Täter im Umfeld feststellen. Kurz darauf erschienen die Nazis erneut, drangen diesmal zu viert in das Haus ein und warfen mit Steinen und Stühlen auf die Besucherinnen und Besucher. Dabei gingen u.a. zwei Fensterscheiben zu Bruch. Auch nach diesem Angriff verschwanden sie sofort, die Polizei konnte erneut keine Täter feststellen.

Die „Bunte Kuh“ war bereits 1993 Ziel eines ähnlichen Angriffes. „Ob-

wohl organisierten Nazis das Haus ein Dorn im Auge ist, trauen sie sich aufgrund der Menge an alternativen Jugendlichen, die im Haus verkehren, nicht in seine unmittelbare Nähe“, berichtet eine regelmäßige Besucherin der „Bunten Kuh“ gegenüber extraDrei. In dem Haus finden regelmäßig Infoveranstaltungen und Konzerte statt, zudem nutzen zahlreiche Bands die vorhandenen Räume für ihre Proben, im August soll es wieder ein antirassistisches Straßenfest geben. Zudem existiert ein selbstverwaltetes Café, auch ein Graffiti- sowie ein Computerraum steht für Jugendliche in der „Bunten Kuh“ zur Verfügung.

Sorge macht den Nutzerinnen und Nutzern die Zukunft ihres Hauses. Aufgrund unklarer Besitzverhältnisse bot das Bezirksamt dem Verein ein viel kleineres Gebäude in der Mahlerstraße an.

Daß nach diesem Umzug vieles nicht mehr so sein wird wie bisher, deutet sich bereits an. Konzerte und andere Veranstaltungen würden aufgrund der dichten Besiedlung in der Mahlerstraße unter den Tisch fallen müssen. Dennoch: Den Mut hat hier niemand verloren. „Wir kämpfen um die Kuh“, darin besteht bei den Leuten der „Bunten Kuh“ Eignigkeit. Auch die Naziangriffe verdeutlichen für sie die Notwendigkeit ihres Projektes.

Roland Peters

Bunte Kuh



<http://www.ich-will-waehlen.de>

Deine Stimme zählt



In Indonesien und den Seychellen darf man es, in Nicaragua auch. In Brasilien schon ganz lange. Was alle diese vier Staaten gemeinsam haben, ist, daß Menschen unter 18 Jahre wählen dürfen.

Bereits 1996 senkte die Landesregierung in Niedersachsen das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Es folgten Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein Westfalen. Auch in Hessen war das Wahlalter 1998 auf 16 gesenkt worden, die CDU-FDP Regierung von Roland Koch hob es jedoch wieder auf 18 Jahre an.

Was anderswo und auch in einigen Bundesländern gut funktioniert, soll nun bundeseinheitlicher Maßstab werden. So fordert es zumindest die Kampagne „Ich will wählen“. Seit dem 10. März gibt es die Kampagne, die von verschiedenen Organisationen, Schülervertretungen und sonstigen Gruppierungen deutschlandweit unterstützt wird. Mit dabei ist auch der PDS nahe Jugendverband [solid]. Bisher haben aber auch fast 1.000 persönliche Unterstützer die Petition unterschrieben.

In den nächsten Monaten bis zur Bundestagswahl können Unter-

18jährige in ganz Deutschland eine Petition unterschreiben, die im September beim Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht werden soll. Von einem Wahlrecht für Unter-18jährige versprechen sich die Organisatoren der Kampagne vor allem, daß die Interessen der Unter-18jährigen (ca. 20% der deutschen Bevölkerung) angemessenere Berücksichtigung in Politik und Gesellschaft finden.

„Wie jeder Mensch, der in diesem Land lebt, bin auch ich von politischen Entscheidungen betroffen: In der Gegenwart vor allem von Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik; und langfristig z.B. von den Auswirkungen heutiger Staatsverschuldung, Umwelt- oder Rentenpolitik. Andere Politikbereiche, wie Fragen von Krieg und Frieden, Sozial- und Wirtschaftspolitik oder der Umgang mit Minderheiten, gehen auch mich etwas an“, heißt es in dem Petitionstext. Aufgerufen sind aber auch Unterstützer über 18, denn die Petition soll von allen Bevölkerungsgruppen getragen werden.

Interessant ist hierbei zu beobachten, wie Vertreter der Jungen Union diese Kampagne einschätzen. In ei-

nem Schreiben an die Organisatoren wird folgendes verfaßt: „Leider bin ich nicht bereit, das Schicksal dieses Landes in die Mitspracherechte von Menschen zu legen, die mit ihrer punktuellen Erfahrung und ihrer Rechtsfähigkeit einer derartigen Verantwortung wie dem Wahlrecht kaum gerecht werden und leider nur allzu oft Raum für Radikalismus in jeder politischen Ausrichtung bieten, als auch Flüchtigkeit in Handeln und Denken zu bieten haben.“

Jedoch eine lebendige Demokratie kann es sich nicht leisten, einen wichtigen Teil ihrer Bürger auszuschließen. Das Wahlrecht für junge Menschen würde einen breiten Diskussionsprozeß über die Rechte von Kindern und Jugendlichen lostreten. Auch die PDS setzt sich dafür ein, daß das Wahlalter gesenkt wird. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen und mitentscheiden dürfen. Die Mitbestimmung junger Menschen ist eine Bereicherung für jede Gesellschaft und könnte dem Dialog der Generationen neue Anreize geben.

Mehr Informationen gibt es im Kampagnenbüro Dunckerstraße 11.

Sascha Kummer

WANNWOWASWANNWOWASWANN

21.-23. Juni

Weißenseer Blumenfest

22. Juni

16 Uhr „Das Leben ist deine Party“ – Auftakt der Erstwählerinnenkampagne Berlin, in der Lichtenberger Parkaue

25. Juni

17 Uhr OV Weißensee: „Zur gegenwärtigen sozialen und kulturellen Entwicklung in der BRD“ mit Dr. Erhard Crome, im Kieztreff Pistoriusstraße 24

29. Juni

10 Uhr Landeskonferenz der PDS Berlin, im ehem. Staatsratsgebäude (Mitte)

29. Juni

14 Uhr Audienz bei der Königin der Nacht im Botanischen Volkspark Pankow

30. Juni

12-20 Uhr RAKATAK2002. Das 9. Trommelfest in Schönholz

3. Juli

17.30 Uhr 7. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

4. Juli

19.30 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

5. Juli

15 Uhr Arbeitskreis Kleingärten beim LV der PDS Berlin im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

6. August

17 Uhr Gedenkmeeting an der Friedensglocke im Friedrichshain zum Hiroshimatag

15. August

18 Uhr „Arbeitsmarkt und die soziale Sicherungssysteme für Frauen“ – Sandra Brunner zu Gast im Frauentreff am Amalienpark, Breite Straße 2

21. August

19 Uhr Wählerforum Stadterneuerung Altes Pankower Rathaus, Breite Straße

22. August

Wahlkampfauftakt der PDS Berlin auf dem Alex

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. Juni 2002

Druck: double express Auflage: 16.500

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.